

Deutsch-deutsche Vergangenheit

Eindrücke von der 51. - 53. Sitzung der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Phasen der Deutschlandpolitik“ vom 2.-4.11. 1993 im Berliner Reichstag

Manfred Uschner

56 Jahre, in der DDR Studium der Diplomatie und Promotion. Mehr als zehn Jahre persönlicher Mitarbeiter des für die Außenpolitik zuständigen Politbüro-Mitgliedes Hermann Axen. Jetzt tätig als Projektkoordinator beim Kautsky-Bernstein-Kreis e.V.

Die obengenannte Kommission, volkstümlich auch Eppelmann-Kommission genannt, hat sich laut Bundestagsbeschluß der „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ verschrieben. Ob man Geschichte überhaupt aufarbeiten kann, wird von nicht wenigen seriösen Historikern bezweifelt. Man kann sie erforschen und bewerten, mehr nicht, denn Geschichte ist stattgefundene Gegenwart. Man kann Lehren aus ihr ziehen, aber sie nicht ungeschehen machen. Diese Binsenweisheit scheint leider so manches Mitglied der Kommission nicht zu beeindrucken. Die Parteien haben nach Proporz personellen Anteil an der Kommission, und die Mitglieder wiederum konnten Sachverständige bestellen. Letztere arbeiten nicht unbedingt z. B. für die SPD, weil sie SPD-Mitglied sind, sondern ganz unverhüllt auch mal kräftig oder des öfteren der CDU/CSU zu. So etwa, wenn es um die Bewertung der früheren Ost- und Entspannungspolitik geht. Das könnte für parteiübergreifendes Agieren sprechen, also vom Standpunkt eines demokratischen Ansatzes positiv zu sehen sein. Aber weit gefehlt! Je näher das Wahljahr 1994 rückt, um so mehr wird die oft sehr eigenwillige und eigenartige Geschichtsbetrachtung der Kommission vom Parteienstreit überlagert.

War ursprünglich bei den ostdeutschen Vertretern von CDU, SPD und FDP überstark deutlich, daß man sich unisono von der „Revolution“ des Herbstes 1989 legitimiert fühlte, mit dem früheren Herrschaftssystem der DDR nachträglich gründlich und undifferenziert aufzuräumen, so

geht es heute gesamtdeutsch querbeet:

Es gibt die CDU/CSU-Politiker, die FDP (um Sachlichkeit bemüht) und Vertreter der Grünen/Bündnis 90 wie Poppe und Mittner, die fast einmütig auf die Ostpolitik der SPD und alle Kontakte SPD-SED einschlagen und an den früheren interna-